

Bericht aus der Sitzung des Verwaltungsausschuss vom 21.09.2026

Haushaltsplanberatungen 2026 – offene Anträge der Fraktionen

In den Beratungen zum Haushaltsplan 2026 wurden einige nicht haushaltsrelevante Anträge der Fraktionen in die nächsten Sitzungen der zuständigen Gremien verlagert. Über folgende Anträge konnten in dieser Sitzung des Verwaltungsausschuss beraten und abgestimmt werden:

Antrag Nr. 39 (UBU) - Vermarktung Gewerbeflächen

Um die Einnahmenseite der Stadt Uhingen zu stärken, stellen wir den Antrag, Gewerbeflächen aktiv zu bewerben und dem Markt zu zuführen. Bei der Auswahl von potentiellen Interessenten soll dabei ein Kriterienkatalog angewandt werden. Die Kriterien sind mit dem Gemeinderat abzustimmen.

In den Vergabeprozess ist umgehend einzusteigen. Die Stadtverwaltung setzt das Thema auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung im Mai.

Seitens des Antragsstellers wurde im Rahmen der Sitzung ergänzt, dass es sich bei dem Antrag um kein explizites Gewerbegrundstück handelt, sondern im allgemeinen eine stärkere Bewerbung, beispielsweise über soziale Medien erfolgen soll, wenn diese vermarktet werden.

Die Verwaltung erklärt die seitherige Handhabung bei den wenigen vorhandenen restlichen Gewerbeflächen (keine aktive Vermarktung). Sie sieht das Problem aktuell weniger an den Werbemitteln als an den, in der heutigen Zeit erforderlichen finanziellen Mitteln, potenzieller Interessenten. Im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2027 und Konsolidierung des Haushalts soll die Vorgehensweise aber nochmals separat thematisiert werden.

Der Verwaltungsausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Antrag Nr. 40 (UBU) - Videoaufzeichnung von Sitzungen

Wie schon in den vergangenen Jahren, stellen wir erneut den Antrag, Sitzungen des Gemeinderates und seiner Gremien aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen werden der Bürgerschaft über das Internet zum Abruf bereitgestellt.

Der Medienkonsum und die politische Beteiligung der Bevölkerung hat sich grundlegend verändert. Ebenso hat sich die rechtliche Lage zur Aufzeichnung von Sitzungen positiv verändert.

Mit der Bereitstellung der Sitzungen, wird der Politikverdrossenheit entgegengewirkt. Ebenso schaffen Aufzeichnungen Transparenz und eine Teilhabe an der Entwicklung von Uhingen.

In der Gemeindeordnung BW wurde seit der letzten Beratung dieses Themas im Jahr 2025 der § 35 Absatz 3 GemO ergänzt. Dieser lautet: "Durch die Hauptsatzung kann bestimmt werden, dass in öffentlichen Sitzungen Film- und Tonaufnahmen durch die Gemeinde mit dem Ziel der Veröffentlichung zulässig sind. Im Übrigen sind Film- und Tonaufnahmen nur zulässig, wenn alle anwesenden Mitglieder des Gemeinderats einwilligen."

Der Vorschlag der Verwaltung die Thematik in einer separaten Sitzung zu behandeln erhielt vom Verwaltungsausschuss Zustimmung.

Antrag Nr. 47 (UBU) - Vereinsförderung

Vereine sind der Puls für Sport, Musik, Kultur und vieles mehr.

Erneut stellen wir den Antrag, das Thema Vereinsförderung zu diskutieren und neu auszurichten. Der KSA hat hier bereits 2025 entsprechende Vorschläge ausgearbeitet und den Fraktionen vorgestellt.

Das Thema wurde im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorberatend behandelt. Eine öffentliche Beratung erfolgt im Gemeinderat am 25.09.2026.

Antrag Nr. 50 (UBU) - verifizierbare Mail-Adressen GR

Der Datenschutz soll in Uhingen verbessert werden. Jegliche Art von Dokumenten (Bewerberunterlagen, nichtöffentliche Sitzungsvorlagen usw.) sollen nicht mehr an nicht verifizierbare Email-Adressen gesendet werden. Wir beantragen daher für jeden Gemeinderat eine personalisierte Email Adresse @uhingen.de

Die datenschutzrechtlichen Regelungen und Bestimmungen sind ein hohes Gut für die Verwaltung. Die datenschutzkonformen Informationen an den Gemeinderat erfolgen ausschließlich über das Ratsinformationsportal. Eine separate Mailadresse wird seitens der Verwaltung daher nicht als notwendig erachtet. Die Endung @uhingen.de sieht die Verwaltung kritisch, da dies den Eindruck vermitteln würde, die Gremiumsmitglieder wären Teil der Stadtverwaltung. Vorgeschlagen wurde ggf. alternativ stattdessen eine alternative Endung @GR.uhingen.de empfohlen.

Bei 2 Ja-Stimmen (UBU, AfD) und 4 Enthaltungen (1 FWV, 1 CDU, 1 SPD, 1 B90/Grüne) wurde der Antrag auf die Einrichtung einer einheitlichen Mailadresse für die Uhinger Stadträte (@GR-uhingen.de) mit einer Mehrheit von 5 Gegenstimmen (2 FWV, 1 CDU, 1 FDP/UB, 1 BM) abgelehnt.

Antrag Nr. 51 (UBU) - Bürgermeisterfragestunde für den GR

Wir nehmen die Anregung von Bürgermeister Wittlinger aus dem letzten Jahr auf und beantragen eine vierteljährlich wiederkehrende Fragestunde. Darin steht der Bürgermeister dem Gemeinderat Rede und Antwort zum aktuellen Haushaltsjahr, sowie zu aktuellen Themen. Die Fragestunde ist öffentlich und nichtöffentlich durchzuführen.

Aus Sicht der Verwaltung ist eine Bürgermeisterfragestunde für den Gemeinderat nicht erforderlich. Die GemO BW regelt die Zusammenarbeit, die Rechte und Pflichten der Gemeindeorgane ausreichend, so dass genügend Möglichkeiten des Austausches und für Nachfragen im bestehenden System bestehen.

Der Verwaltungsausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Antrag Nr. 55 (AfD) - Dauerbeflaggung städtischer Gebäude

Die Deutschlandflagge soll vor den städtischen Gebäuden (an denen bereits Fahnenmasten vorhanden sind) – also insb. Rathaus, Schulen, Uditorium – dauerhaft gehisst werden.

Sofern vor den jeweiligen Gebäuden mehr als ein Fahnenmast vorhanden ist, soll auch die Stadtflagge und/oder die Flagge der Ortsteile gehisst werden.

Für die Bürger bringt die nächste Zeit große Belastungen mit sich. Dies betrifft unser ganzes Land. Wir halten es für hilfreich, gerade jetzt ein Zeichen zu setzen, um das sich alle in diesem Land versammeln können – das Symbol für Einigkeit und Recht und Freiheit: Unsere Bundesflagge Schwarz-Rot-Gold. Dies hätte einen hohen symbolischen Wert für die Einheit der Gesellschaft in zunehmend schweren Zeiten.

Da es sich um kommunale Liegenschaften handelt, findet die Verwaltung die Deutschlandfahne nicht als dauerhaft passend an, stattdessen wäre eine dauerhafte Beflaggung mit der Stadtfahne bzw. den Fahnen der jeweiligen Stadtteile denkbar. Die Deutschlandfahne soll nur an bestimmten, feierlichen Anlässen gehisst werden, welche klar durch Bund, Land und Kreis geregelt sind.

Der Antragssteller ergänzte, dass es in anderen Ländern üblich ist, dass insbesondere vor „offiziellen“ Gebäuden die Nationalflagge gehisst ist. Hintergrund des Antrags ist die Schaffung eines Gemeinschaftsgefühls bei den Bürgern.

Nach ausführlichen Diskussionen im Gremium welche Flagge vor welcher Liegenschaft hängen soll änderte der Antragssteller den Antrag wie folgt ab:

Die Deutschlandflagge soll vor dem Rathaus dauerhaft gehisst werden.

Dieser Antrag wurde bei 4 Ja-Stimmen (2 CDU, 1 UBU, 1 AfD) und 2 Enthaltung (FWV, FDP/UB) mit einer Mehrheit von 5 Stimmen (2 FWV, 1 SPD, 1 B90/Grüne, 1 BM) mehrheitlich abgelehnt.

Die übrigen, noch offenen Haushaltsanträge der Fraktionen werden in den kommenden Ausschusssitzungen behandelt.

Nähere Informationen zu den im Gemeinderat behandelten Themen finden Sie unter <https://uhingen.ris-portal.de/>